

Der Freie Schwarzwälder

Mildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41



Nr. 194

Mittwoch, den 21. August 1918.

35. Jahrgang.

Deutsche Kriegsfürsorge.

Von Dr. Georg Panzer, Berlin.

Ein Ruhmesittel Deutschlands ist seine soziale Gesetzgebung: je roger von dem Geist werktätiger Nächstenliebe und Hilfsbereitschaft hat das Reich in mühsamer, zäher Zusammenarbeit der Regierung und Volkvertretung in den Friedensjahren bereits das Gebäude sozialer Hilfe für den bedrängten, hilfsbedürftigen Mitmenschen errichtet. Im Krieg mußten die geschaffenen Einrichtungen sich bewähren. Wir können es mit Genugtuung feststellen: die deutsche Fürsorge hat sich glänzend bewährt. Man kann wohl die Behauptung aufstellen, daß zwar alle unter dem Kriege und seinen Tragfahnen zu leiden haben, daß aber kein Einziger in der Heimat zugrunde gegangen ist; im Feld fordert der Krieg ja unerlässliche Opfer, aber es ist für diese, wie auch für ihre Hinterbliebenen gesorgt.

Die Kriegsfürsorge gliedert sich in die gesetzliche Versorgung und in die freiwillige Fürsorge. Die Militär-Versorgungsgesetze regeln die Ansprüche auf Bezüge für den Mann selbst, wie für seine Familie; kommt er durch den Militärdienst zu Schaden, so erfolgt Heilbehandlung und Renteergewährung; starb er den Heldentod, so regeln die Gesetze die Versorgungsbezüge der Hinterbliebenen. Diese gesetzlichen Leistungen, die in den Jahren 1906 und 1907 festgelegt wurden, mußten in der Kriegszeit erweitert werden, da sie mit den steigenden Preisverhältnissen nicht im Einklang standen. Außerordentliche Zuschläge zu den Renten der Schwerverwundeten gelangten zur Einführung und durch Gewährung von Zulagen und Unterstützungen (Kriegsbeschädigten) mit Berücksichtigung der häuslichen Verhältnisse (Familienstand usw.) werden Notlagen beseitigt. Einen Nachteil ist aber die bestehende Militär-Versorgungsgesetze auf die mangelhafte Einstellung auf die Verhältnisse des bürgerlichen Lebens; die Bemessung der Renten erfolgte nämlich nach dem militärischen Dienstgrad. Doch sind auch nach dieser Richtung Abänderungen bereits in die Wege geleitet; bis diese Gesetzeskraft erhalten, werden außerordentliche Zuschläge gewährt, auch helfen private und öffentliche Hilfsvereinigungen über etwa feststellbare Mängel hinweg. So steht die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen heute ein aus privaten Mitteln aufgebrachtes Vermögen von über 100 Millionen zur Verfügung. Die vom Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge eingeleitete Ludendorffspende hat aber diese Sammelstätigkeit durch ihren glänzenden Erfolg noch in Schatten gestellt.

Diese Maßnahmen reichen aber nicht aus, um Kriegsteilnehmer und Angehörige, Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene in der früheren sozialen Schicht zu halten. Da helfen Wohlfahrts-Einrichtungen aus, die von Reich, Gemeinden und Privaten tatkräftig unterstützt werden. Diese über das Notwendige hinaus freiwillig geleistete Fürsorgearbeit erstreckt sich auf die vier Hauptgebiete: Kriegsteilnehmerfürsorge, Kriegsbeschädigtenfürsorge, Kriegerverwundetenfürsorge und Kriegshinterbliebenenfürsorge. Die Fürsorgetätigkeit wird entweder von den Behörden selbst ausgeübt oder sie wird von leistungsfähigen Zweckverbänden mit öffentlichem Charakter geleistet. Infolge der Erfahrungen, die man leider auch auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege mit allzu geschäftstüchtigen, privaten Unternehmern machen mußte, wurde dann die Kriegswohlfahrtspflege im Reich durch Bundesratsverordnung der Aufsicht der Behörden unterstellt, so daß also eine wucherische Ausbeutung der Allgemeinheit durch Wohlfahrtsbureaus, wie auch der Kriegsoffer durch solche Gründungen nach Tüchtigkeit schon im Anfang erstickt wird. Zu diesem Zweck wird weitgehend Berufsberatung, Berufsausbildung und Arbeitsvermittlung gewährt. Erhebliche Geldmittel werden aufgewendet, um während der arbeitslosen Zeit der Ausbildung oder des Heilverfahrens die Angehörigen vor Not zu bewahren. Bedenkt man noch, daß die persönliche Arbeit am Einzelfall zumeist freiwillig und unentgeltlich geleistet wird, so kann man nicht anders, als staunend und dankbaren Herzens vor solcher Opferfreudigkeit eines ganzen Volkes sich neigen. Ein solches Volk kann nicht untergehen, es hat noch eine Weltwendung zu erfüllen!

Zu diesen Wohlfahrts-Einrichtungen für die Allgemeinheit der Kriegsfürsorgenehmer kommen nun ergänzen-

zende Hilfs-Einrichtungen: Jugendfürsorge, Mittelschul-fürsorge, Ständefürsorge für Akademiker, Künstler und Offiziere, Kriegsgefangenenfürsorge, Fürsorge für die geistigen Bedürfnisse unserer Frontkämpfer und der Verwundeten, Flüchtlingsfürsorge, das Rote Kreuz usw. Männer und Frauen, Hoch und Nieder, wetteifern darin, die Schäden dieses furchtbaren Kampfes zu beheben und auszumerzen.

Will man den Begriff Kriegsfürsorge aber noch weiter fassen, so fallen hierunter noch alle jene Maßnahmen, die es dem kleinen Mann aus dem Volke ermöglichen sollen, den wirtschaftlichen Nöten gewachsen zu sein. Als Wohlfahrts-Einrichtungen wurden Volkstaschen geschaffen, in denen gegen billiges Geld das Notwendige für den Lebensbedarf an Essen hergestellt wird und die schon an viele, viele Millionen Essen abgegeben haben; den weniger bemittelten Schichten wird dadurch das Durchhalten erleichtert. Schließlich bedarf noch besonderer Erwähnung der weitreichende Rechtschutz für Kriegsteilnehmer, der Jugendbeschäftigten und die Fürsorge-Einrichtungen der Sozialversicherung. Organisationsmäßig sollen diese Hilfsquellen durch die in Bildung begriffenen bürgerlichen Kreiswohlfahrtsämter zugänglich gemacht werden.

Das „ehrenvolle Friedensangebot“ der Entente.

Lloyd George hat in seiner Rundrede zum Eintritt in das fünfte Kriegsjahr behauptet, die Verbändmächte haben an die Mittelmächte „vor sechs Monaten“ ein „ehrenvolles Friedensangebot“ gemacht, aber es sei von den Beherrschern Deutschlands schroff abgelehnt worden. Die Schuld an der Fortsetzung des Krieges falle also Deutschland und seinen Verbündeten zu.

Dazu bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.“: Der zuerst von Lloyd George als Antwort auf Lord Lansdownes Brief vom 31. Juli unternommene und von einem großen Teil der gegnerischen (namentlich italienischen) Presse aufgegriffene Versuch, die Schuld an der Kriegsführung den Mittelmächten aufzubürden, rechnet allzusehr mit der Leichtgläubigkeit oder dem schlechten Gedächtnis der Welt. Mit dem „von Deutschland abgelehnten Friedensangebot“ sind offenbar die Bedingungen gemeint, die Lloyd George am 5. Januar des Jahres der britischen Gewerkschaften als die Kriegsziele des Verbänds hinstellte. Wie sah denn diese „von den Beherrschern Deutschlands mit Vorbedacht abgelehnte gerechte und vernünftige Regelung der Weltverhältnisse“ aus? Neben der Wiederherstellung und vollen Entschädigung Belgiens, der Wiederherstellung Serbiens und Montenegros, der Räumung der besetzten Gebiete Frankreichs, Italiens und Rumaniens verlangte Lloyd George die „Wiedererwägung“ des „Anrechts von 1871“, ein unabhängiges Polen, das „alle wahrhaft polnischen Elemente“ vereinigen sollte nach dem Sprachgebrauch der Verbändspolitiker, also auch Danzig, Thorn, Oberschlesien, die Umwandlung Oesterreich-Ungarns in einen Staatenbund, die Erfüllung der nationalen Ansprüche Italiens und Rumaniens, die Lostrennung Arabiens, Syriens, Palästinas, Armeniens, Mesopotamiens vom türkischen Reich, freies Verfügungsrecht der Friedenskongferenz über die deutschen Kolonien nach Maßgabe der Wünsche der Eingeborenen (!), Bestrafung Deutschlands für alle Verletzungen des Völkerrechts durch entsprechende Rationierung der Rohstoffe. Das also waren die „ehrenvollen Friedensvorschlüge“, wozu noch zu bemerken ist, daß Lloyd George jene Vorschlüge nicht einmal als das „volle Kriegsziel“ Englands, sondern nur als vorweg von Deutschland anzunehmende Vorbedingungen jeder Friedensunterhandlung aufgestellt wissen wollte! Die weiter vorgeschlagene Gründung eines Völkerverbänds sollte hiernach offenbar nur dem Zwed dienen, diese „gerechte und vernünftige Regelung der Weltverhältnisse“ von Englands Gnaden durch internationale Garantie zu einem dauernden Zustande zu machen. Von einem seiner eigenen Landsleute hat sich Lloyd George sagen lassen müssen, daß ein solches Friedensangebot für die Mittelmächte unannehmbar sei, da damit etwa der zehnte Teil des Deutschen Reiches, ein Drittel der habsburgischen Monarchie und die Hälfte der Türkei gefordert werde.

Die tschecho-slowakische Nation.

Berlin, 20. Aug. In der „Norddeutschen Allgem. Zeitung“ wird geschrieben: England, der Hüter von Recht und Gerechtigkeit, hat mit der Erklärung der tschecho-slowakischen Nation, das heißt eines Teils der österreichisch-ungarischen Monarchie, als selbständiger und gegen das eigene Vaterland Krieg führender Nation, eine neue ungeheuerliche Rechtswidrigkeit begangen. Dieser Versuch, ohne eine Spur und ohne einen Schein von Recht, der österreichisch-ungarischen Monarchie ein Stück ihres Landes abzureißen, könnte, da es sich bei dem Versuch um einen Akt der Großsprecherei handelt, dem keine praktischen Folgen beschieden sein können, nur als eine Verhöhnung jedes geschriebenen Rechtes erscheinen, wenn die Engländer mit dieser Rechtswidrigkeit nicht ganz bestimmte Ziele politischer Natur im Auge hätten. Wenn man zu dem Versuch der englischen Regierung, aus eigenem Recht einen Teil der österreichisch-ungarischen Nation als selbständige Nation zu erklären, einen Vergleich ziehen wollte, so könnte er nur darin bestehen, daß von deutscher oder österreichisch-ungarischer Seite die anständigen Grenzen als selbständige, mit uns im Bunde stehende Nation bezeichnet und feierlich erklärt würden. Rechtlich würde die eine Maßnahme so wenig Bestand haben können, wie die andere. Unangenehme innere politische Folgen könnte dagegen eine derartige Maßnahme besonders für England haben, dessen innere Politik auf die brutale Verge-waltigung einer Minderheit eingestellt ist. Die Engländer haben diesmal aber wirklich nicht ihre Geschäfte besorgt. Sie hätten darin bestanden, daß sie die Botschaft eines gewissen Wohlwollens gegenüber Oesterreich-Ungarn aufrecht erhielten. Statt dessen haben sie unserem verbündeten Oesterreich-Ungarn durch die zynische Offenheit, mit der sie die Karten im Spiel gegen unsere Nachbarmonarchie auf den Tisch legten, die Augen geöffnet, was es zu erwarten hätte, wenn es in seinem Widerstand erlahmen würde.

Brünn, 20. Aug. Das tschechische Blatt „Pravda“ schreibt zu der Anerkennung der Tschecho-Slowaken durch England als verbündete Nation: Mit dieser Erklärung zündet eigentlich England unserem Volk das Dach über dem Kopf an. Der tschechische Nationalrat in Prag ist ganz sicher in der englischen Proklamation nicht gemeint. Einen anderen Nationalrat hat unser Volk nicht, einen anderen erwählt es nicht. Und ein Pariser oder Londoner Nationalrat hat nicht das Recht, im Namen unseres Volkes anzutreten oder zu handeln. Unser Volk wohnt zu Hause, keineswegs in der Fremde. Schon das widerlegt das Pharisäertum der englischen Regierung. Die Anerkennung der Legion als reguläre Armee ist durchaus wertlos, das weiß man auch in England. Wozu auf diese internationale Giftmischerei?

Vom Fliegerangriff auf Trier.

Dem jüngsten Angriff feindlicher Flieger auf Trier ist das bekannte Provinzialmuseum, in dem namentlich die wertvollsten Funde aus der Römerzeit aufbewahrt



Hof und Gebäuße des Provinzial-Museums in Trier, welches durch einen Bombenangriff vollständig zerstört wurde. Die Gebäude sind völlig zerstört, desgleichen der Hof, in dem größere Fundstücke aufgestellt waren. Ob wohl die Entente die Frage nach dem Zwecke derartiger „Kulturthaten“ beantworten kann?

Westlicher Kriegshauptplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Südwestlich von Baillet steigerte sich die Artillerietätigkeit mehrfach zu großer Stärke. Auf dem Schlachtfeld des 18. August erneuerte der Feind gestern Abend seine Angriffe. Sie kamen südlich von Meteren in unserem zusammengefassten Feuer nicht zur Entwicklung. Nördlich von Feuz Berquin wurden sie im Nahkampf abgewiesen. Südwestlich von Meteren wurden wir vor einigen Tagen unsere westlich von Merville weit vorgeschobenen Posten ohne Kampf in eine Linie östlich des Ortes zurück. Merville wurde gestern Nacht von feindlichen Abteilungen besetzt. Bei Lens und an der Scarpe wurden englische Vorstöße abgewiesen.

Heeresgruppe Generaloberst v. Boehn:

Nördlich von Dikons griffen unsere Stoßtruppen die vorderen englischen Positionen an, nahmen ihre Besatzung gefangen und wehrten mehrfache Gegenangriffe des Feindes ab. Südwestlich von Chaumes schlugen wir einen am Abend nach kurzem Feuerschlag vordringenden feindlichen Angriff zurück. Nordwestlich von Roye griff der Feind erneut mit Panzerwagen an. Er wurde abgewiesen.

Zwischen Beuvrignes und an der Dife tagtäglich erbitterter Kampf. In breiter Front ging hier der Feind, zum Teil mit frisch eingesetzten Divisionen, wiederholt zu starken Angriffen vor. Südlich von Crapeaumesnil brachen seine Angriffe vor unseren Linien zusammen. Beiderseits von Fresnoires scheiterten sie in unserem Gegenstoß. Im heftigen Nahkampf wurde der Feind zwischen Lassigny und Thiescourt abgewiesen. Teile unserer vorderen Linie, in die er vorübergehend eindrang, wurden wieder gesäubert; ebenso hielten wir unsere bis zur Dife anschließende Linie gegen hartnäckige Angriffe des Gegners. Bis zum Abend war der Feind in seine Ausgangsstellungen zurückgeworfen.

Zwischen Dife und Aisne nahm der Feind am Nachmittag wieder große Stärke an. Gegen Abend setzte der Feind seine Infanterieangriffe zwischen Carlepoint und Noubrou fort. Auf beiden Angriffspunkten wurde er im Nahkampf abgewiesen. In der Mitte der Front hielt unsere Artillerietätigkeit die Infanterie des Feindes vor unseren Stellungen nieder.

Heeresgruppe Gallwitz:

Zwischen Maas und Mosel drangen unsere Erkundungsabteilungen mehrfach in die feindlichen Gräben ein.

Leutnant Beltjens errang seinen 29., 30. und 31., Bizefeldwebel May seinen 21., 22. und 23., Leutnant Koeth seinen 22. Luftstiege.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Das Schwergewicht der Feindlichen Nachoffensive verlagerte sich mehr und mehr in den Dife-Abschnitt. An der Ancre und nördlich der Somme stauten die Zusammenstöße stark ab; südlich der Somme bis Fresnoy gehen vielfach die deutschen Truppen zum Angriff über, nur um Roye, den Verkehrsnotenpunkt, bleibt der Kampf fast auf gleicher Höhe, doch sind es mehr örtliche Teilgefechte, die im Nordwesten und Süden der Stadt zum Austrag kommen. Dagegen hat sich um den Angriffsmittelpunkt Royon, auf den Feind aus strategischen und psychologischen Gründen so hohen Wert legt, eine große Doppelschlacht entwickelt, die auf beiden Seiten der Dife geführt wird. Bei Crapeaumesnil und Fresnoires (2 1/2 Kilometer südlich von Crap, beide Orte an der Straße Roye-Lassigny) versuchte ein starker Vorstoß der Franzosen die deutsche Linie Roye-Royon in der Mitte zu durchbrechen und ein gleichzeitiger Angriff weiter südlich, zwischen Lassigny und Thiescourt unterstützte jene Aktion. Der ganze Angriff wurde nach schweren Kämpfen in weiter Front niedergeworfen. Die Lage ist so, daß die deutsche Front immer noch langsam zurückgeht und zwar auch jenseits d. h. östlich des großen Waldes, an der Straße und Bahulinie Compiègne-Royon. Diese Rückwärtsbewegung geht aber, wie aus den Ortsbezeichnungen der Tagesberichte hervorgeht, so langsam vor sich, daß man eigentlich gar nicht von einer Fortsetzung des Rückzugs sprechen kann. Man gewinnt vielmehr fast den Eindruck, als wolle unsere Heeresleitung, nachdem jedes kleine Abschnitt eine Zeit mit möglichst großen Verlusten für den Feind verteidigt worden ist, dem Feind jeweils eine Schlachtenwüste überlassen, die seine Bewegungen in empfindlicher Weise erschweren muß, während die deutschen Truppen ein verhältnismäßig gesichertes Gebiet hinter sich haben. Das will etwas besagen, wenn man aus der Karte ersieht, daß die „Fortsschritte“ des Feindes in mehr als einer Woche nicht einmal 2 Kilometer ausmachen. Kaum weniger heftig als westlich der Dife wird jenseits des Flusses in dem Abschnitt Carlepoint-Noubrou gekämpft. Die durch einzelne Teilkämpfe eingeleitete Schlacht hat sich rasch fast über die ganze Transversale Royon-Soissons ausgedehnt und stellt die rechte Flanke des großen allgemeinen Angriffs auf Royon dar, der also in drei Teile zerfällt: in den nordwestlichen Abschnitt, gekennzeichnet durch die Kämpfe bei Crapeaumesnil und Fresnoires, in das unmittelbar auf Royon vorgehende Zentrum Lassigny-Thiescourt-Albecourt und in den östlichen Flügel Carlepoint-Noubrou. Die Bedeutung dieser Doppel-Schlacht, die den Höhepunkt wohl noch nicht erreicht hat, ist vielleicht entscheidend für weite Sichten. Die Engländer haben an der Dife auch einmal einen Erfolg. Auch dort drohen hat die deutsche Heeresleitung, wie an Acre und Ancre, die Rückverlegung der Front aus vorpressenden Winkeln vorgenommen, nachdem die Engländer in mehrstägigen Kämpfen abgewiesen worden waren. Unsere Heeresleitung wollte dem Feind den Anreiz zu seinen unaufhörlichen Anstößen be-

halten des Feindes dabei auch um das Viehvieh höher sein. Aber wir lassen und wollen unser Blut sparen, während es den Engländer kalt läßt, so viele Kanadier, Australier und Neuseeländer auch den Boden bedecken. So kann dem General Daig stolz nach London melden, er habe in der Breite von so einigen 10.000 Yards Eroberungen gemacht. Wie wird sich Lloyd George freuen. — Von der Heeresgruppe Gallwitz hört man auch wieder etwas; zwischen Maas und Mosel, also ungefähr zwischen St. Mihiel und Pont-a-Mousson sind unsere Truppen erfolgreich in die feindlichen Gräben eingedrungen. Man würde wohl irren, wenn man annähme, an dem östlichsten Teil der Front geschehe gar nichts. Nützlich ist man dort nie gewesen, nur sind keine weitreichenden Operationen mehr unternommen worden.

Unsere Fluggeschwader haben in den Tagen vom 13. bis 16. August über Düllingen, Calais, Boulogne, Rouen, Amiens, Eprenay und einige andere Städte 250 349 Rilo Bomben abgeworfen. In der Nacht zum 16. August flog ein großes Munitionslager bei Bauvry infolge eines Bombenabwurfs in die Luft. Es entstand ein Brand, der weitere Explosionen zur Folge hatte. In diesen vier Tagen verlor der Feind im Luftkampf 79 Flugzeuge und 8 durch Abschuss durch unsere „Klat“ (Flugzeugabwehrkanonen). Außerdem wurden 8 Besselballone brennend zum Abwurf gebracht.

Wie die „Times“ aus Toronto meldet, werden die bisherigen Gesamtverluste der Kanadier auf 10000 Mann geschätzt.

Der Krieg zur See.

Berlin, 19. Aug. Im Mittelmeer wurden vier Dampfer von zusammen etwa 16000 BRT. versenkt.

Stockholm, 20. Aug. „Konkordat“ meldet unter der Überschrift: „Endlich Klarheit in der Lusitania-Affäre“, daß aus dem Prozeß der überlebenden Reisenden gegen die Cunardlinie jetzt das Vorhandensein von Munition auf der „Lusitania“ klar hervorgegangen sei, daß also diejenigen an dem Unglück Schuld trügen, die auf dem Munitionsdampfer Reisende mitgenommen hätten.

Die Ereignisse im Westen.

Französischer Heeresbericht vom 19. August abends: Zwischen Maas und Dife haben wir unser Vordringen fortgesetzt. Im Verlaufe des Tages haben unsere Truppen trotz des hartnäckigen Widerstandes sich Fresnoires bemächtigt und die Ränder östlich von Lassigny erreicht. Weiter südlich ist es uns gelungen, aus dem Wald von Thiescourt herauszukommen. Auf unserem rechten Flügel haben wir Pimprez genommen und uns so zu den Rändern von Dressincourt vorgeschoben. Nördlich der Isne haben wir unseren Erfolg zwischen Carlepoint und Fresnoires ausgebaut und das Dorf Noisain (?) genommen. Die Zahl der in dieser Gegend seit gestern gemachten Gefangenen reicht 2200 an der übrigen Front ist nichts zu melden.

Englischer Heeresbericht vom 19. August abends: Heute morgen machte der Feind einen heftigen Angriff auf einer Front von einer englischen Meile (1600 Meter) bis zu unseren Stellungen zwischen Lagny und Hericourt. Es gelang ihm, an zwei Punkten in unsere Linien einzudringen, aber er wurde durch unseren Gegenangriff sofort wieder hinausgedrängt und die Lage völlig wiederhergestellt. Wir fügten dem Feind starke Verluste zu. Im Abschnitt von Merville dauerte unser Fortschritt an. Auf einer Front von etwa 10 Kilometern wurde ein beträchtlicher Fortschritt gemacht. Unsere Truppen erreichten die Linie der Straße, die von Paradis, Teles und Puresbecques durch Merville führt, und sind in Merville eingedrungen. Die Gesamtzahl der von uns gestern in der Gegend von Duttersteine gemachten Gefangenen beträgt 676, einschließlich 18 Offiziere.

Die Ereignisse im Osten.

Berlin, 20. Aug. Der formelle Kriegszustand Russlands mit England ist am 16. August eingetreten.

Der „Berl. Lokalan.“ erfährt, daß die Sowjetregierung nunmehr der Losrennung des früheren russischen Baltikums zugimmt habe.

Warschau, 19. Aug. Gestern fand eine außerordentliche Sitzung des polnischen Ministerrats statt, in der Prinz Janusz Radzwill über seine Reise ins Hauptquartier berichtete. Für heute ist eine Sitzung des Kronrats anberaumt. Prinz Radzwill wird sich heute Abend nach Wien begeben.

Amsterdam, 20. Aug. Einem hiesigen Blatt zufolge erfahren die „Times“ aus Wladivostok: Die verschiedenen konkurrierenden Regierungen haben, wie es scheint, beschlossen, einen Ausschuss oder einen Rat zu bilden, zu dem jede drei Vertreter entsendet. Die rein sozialistische sibirische Regierung wünscht ihren Premierminister Pavroth zum Vorsitzenden dieses Ausschusses, wogegen die Kadetten dieses Amt dem General Porvath übertragen wollen.

Der Krieg mit Italien.

Wien, 20. Aug. In der Nacht zum 19. August vollführten südlich des Sasso Rosso unsere Sturmtuppen einen erfolgreichen Vorstoß in die feindlichen Linien. Im Asoloni-Gebiet wurden italienische Erkundungsabteilungen abgewiesen.

Neues vom Tage.

Das Verfassungsjubiläum in Baden. Karlsruhe, 21. Aug. Das Badener Land begibt morgen die Fünfundjahrfeier der Einführung der Verfassung im Großherzogtum Baden. Am 22. August 1818 unterzeichnete Großherzog Karl den vom Finanzrat, späteren Staatsrat Nebenius ausgearbeiteten Verfassungsentwurf, der in seinen Grundzügen noch heute in Geltung ist.

Die Fraktionsführer beim Bizekanzler. Berlin, 20. Aug. Nach dem „Berl. Tageblatt“ werden die Führer der Reichstagsfraktionen morgen vom Bizekanzler von Bover und Staatssekretär v. Dinke

ber Hauptansatz einberufen werden soll.

Die Diplomatie.

Berlin, 20. Aug. Die „Deutsche Ztg.“ sagt, Dr. Helfferich, der heute wieder aus dem diplomatischen Dienst ausgeschieden ist, befindet sich in einer grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit mit dem Staatssekretär v. Dunge über die in Fußland zu verfolgende Politik.

Das Kohlenbecken von Dombrowa.

Berlin, 20. Aug. Der „Voss Ztg.“ wird berichtet, in den Verhandlungen in Salzburg und im Großen Hauptquartier sei eine grundsätzliche Einigung darüber erfolgt, daß die Kohlen- und Zinkgruben der Becken von Brudin, Sosnowitz, Dombrowa und Olsch (an der Südwestgrenze Polens, östlich von Königshütte in Schlesien) an Schlesien angegliedert werden sollen. Es wurde von Döhrer ich anerkannt, daß diese Kohlengebiete für die oberschlesische Industrie unentbehrlich seien.

Spanien bleibt neutral.

San Sebastian, 18. Aug. (Reuter.) Minister Dago erklärte die Behauptung einiger Zeitungen, daß wegen der Torpedierung spanischer Schiffe eine Note nach Deutschland gesandt worden sei, sei falsch. Eine solche Note existiere nicht. Das Kabinett sei einmütig entschlossen, die Neutralität aufrecht zu erhalten. Der Dampfer „Cervantes“ sei nicht torpediert worden, vielmehr habe die Ladung (Petroleum) Feuer gefangen. Der Minister protestierte gegen die wiederholten Mitteilungen über die Torpedierung und erneuerte seine Bitte, die öffentliche Meinung nicht zu erregen und grundlose Behauptungen zu vermeiden.

Die Entente will keine Friedensvermittlung. Zürich, 20. Aug. Die Entente wieder, wie die „Zür. Post“ es heißt, ihren Vermittlungsvorschlag von neuer Seite abzuweisen. Die Entente will keine Friedensvermittlung, die die öffentliche Meinung nicht zu erregen und grundlose Behauptungen zu vermeiden.

Aussperrung der Eisenbahnarbeiter in Jassy. Bukarest, 19. Aug. In den Jassyer Werkstätten der rumänischen Eisenbahnen sind 5000 Arbeiter ausgesperrt worden. Die Arbeiter haben die Arbeit eingestellt, die sich durch Unterbrechung der von der rumänischen Eisenbahnverwaltung gestellten Verbindungen verpflichtet und zu weitgehender Unruhe geführt.

Vom Lande der Freiheit.

London, 20. Aug. Die „Times“ meldet aus New York, der amerikanische Senat habe dem Kriegsgesetz einen Paragraphen eingefügt, wonach diejenigen Arbeiter, die vom Krieg nicht befreit wurden, weil sie in unentbehrlichen Industrien arbeiten, dem Frontdienst zugewiesen werden müssen, sobald sie sich an einen Ausschuß begeben.

Diebstahlgefallen. Ein Soldat in Berlin trat in einem Kaffeehaus einen Schleichhändler aus Köln, der ihm 34 Pfund Sacharin zu 16000 Mk. andot. Der Soldat ging auf den verbotenen Handel ein und fuhr selbst nach Köln, um die kostbare Ware abzuholen. Als er wieder nach Berlin zurückkehrte, hatte ihm ein Landsturmman, der ebenfalls nach Berlin reiste, die Pakete tragen. Unterwegs liegen zwei Männer in den Eisenbahnwagen, die an der sorgfältigen Erziehung der Pakete merkten, daß sie wertvollen Inhalt hatten. Sie standen plötzlich auf, gaben sich als „Kriminalbeamte des Kriegswunderamts“ zu erkennen und beschlagnahmten die Pakete. In Berlin angekommen, wollten die „Kriminalbeamten“ die Pakete sofort in einer Drochke auf das Kriegswunderamt bringen, aber der Landsturmman, der der Sache nicht recht traute, ließ die beiden Beamten nicht mehr los und fuhr mit ihnen die Kreuz und die Luer durch Berlin, und endlich der Wagen hielt, rief er einem Schutzmännchen und veranlaßte ihre Verhaftung. Es waren zwei Schwindler, ein Handlungsgehilfe und ein fahnenflüchtiger Soldat und Monteur, der im Besitz verschiedener gefälschter Militärpässe war. Als man der Soldat von der Sache erfuhr, ersahen er bei der Kriminalpolizei, um sein Sacharin abzuholen. Er war aber sehr überrascht, als auch er sofort festgenommen wurde. Das Sacharin entpuppte sich als ein Diebstahl.

Englische Fliegenweck. Der Funkpruch Carmarvon vom 12. August verspricht sich zu der ungeheuerlichen Behauptung, die deutsche Jugendwehr werde in der Handhabung von Maschinenwehren ausgebildet, um bei der Bekämpfung von Volksversammlungen mitzumachen. — (Echt englisch!)

Der unzulässige im militärischen Arbeitsdienst. Im Volk hat man sich oft genug darüber aufgelassen, daß Zuchthausstrafe es besser haben, als alle anderen, die ihren geraden Weg gegangen sind. Nunmehr macht ein Reichsgesetz dem unleidlichen Zustande ein Ende. Soeben ist folgendes Reichsgesetz in Kraft getreten: Während des gegenwärtigen Krieges können die pflichtig, die infolge eines strafgerichtlichen Urteils zum Dienste im Heere und in der Marine unfähig sind, zum militärischen Arbeitsdienst in besonderen Verbänden herangezogen werden. Auf sie finden die für die Personen der zweiten Klasse des Soldatenstandes geltenden gesetzlichen Bestimmungen Anwendung. Dieses Gesetz ist in weitesten Volkswirken Befriedigung aus, da es recht und billig ist, daß auch jene sogenannten Heeresunfähigen am Schutze des sie nährenden und erhaltenden Vaterlands mitwirken.

Die Reichsverteidigungsstelle weist einen in der sozialdemokratischen Presse erhobenen Vorwurf zurück, daß dem Wehwaren-Aleinhandel mit der Beteiligung an der Verteilung der getragenen Männeranzüge eine „Liebesgabe“ zugewendet worden sei. Eine gerechte und sachverständige Verteilung an die Arbeiter könne, so führt die Reichsverteidigungsstelle aus, nur durch eine zentrale Bewirtschaftung erreicht werden. Die gesammelten Anzüge werden daher in den 57 Reichsverteidigungsstellen des arbeitenden Volks aus ihrem Beruf zu beurteilen vermögen (Herrenkleiderhandel), nach Größen, Formen, Stoffen und Preisen geordnet und zu großen Posten möglichst gleichmäßiger Anzüge zusammengestellt. Die Fabriken finden somit an einer Stelle, was sie für ihre Arbeiter brauchen. Die Beschaffung des Kleidungsstücks ist nicht Sache des einzelnen Arbeiters, sondern des Arbeitgeber. Ueber die Anzüge verfügt nur die Reichsverteidigungsstelle, die an die verteilungsberechtigten Be-

triebe Bezugscheine ausgibt. Die Zahl der Anzüge beträgt nicht drei Millionen, wie in der soz. Presse behauptet wurde, sondern höchstens eine Million, und der Preis für den Anzug nicht 80 bis 100 Mk., sondern voraussichtlich 40 bis 50 Mk. im Durchschnitt. Es ist unmöglich, daß der Kleinhandel, der die Kleiderläger eingerichtet hat, einen Gewinn von 50 Millionen erzielt; so viel beträgt günstigstenfalls der Gesamtwert der Anzüge. Der dem Kleinhandel verbleibende Nutzen sei äußerst bescheiden. Dieser habe sich nicht zu dem Geschäft herangedrängt, vielmehr seien Schwierigkeiten zu überwinden gewesen, ehe der Kleinhandel wegen des Mistos sich zur Lebensnahme entschlossen habe.

Kaninchenzucht. Zur Förderung der Kaninchenzucht namentlich vonseiten der Kriegsinvaliden und der kleinen Leute hat die Kriegs-Fell-Altiengesellschaft Beiträge in der Höhe von insgesamt 500 000 Mark Aussicht genommen. Dadurch soll die Fleischversorgung gehoben und die Gewinnung von Fellen für Seereszwecke gesteigert werden. 10 000 Zuchttiere sind zur Verteilung bereitgestellt.

Kirchenheizung im nächsten Winter. Nach einer Mitteilung der würt. Landeskollektstelle bestehen keine Bedenken dagegen, daß die Versorgungsbezirke den Kirchengemeinden Bezugscheine zur Eindeckung für den kommenden Winter erteilen. Den Versorgungsbezirken muß aber vorbehalten bleiben, über diese Kohlen anderweitig zu verfügen, falls dringendere Bedürfnisse auf anderem Wege nicht befriedigt werden können. Die Aussicht auf geheizte Kirchen diesen Winter ist erfreulich! Die Kirchengemeinden werden sich natürlich bescheiden, wenn die Kohlen, auf die sie hoffen rechnen zu dürfen, doch schließlich für nähere Zwecke gebraucht werden. Immerhin ist nun einmal für die Kirchenbesucher die Hoffnung vorhanden, an den kommenden Wintermontagen nicht mehr frieren zu müssen, wie so oft im letzten Winter.

Württemberg.

Stuttgart, 20. Aug. (Neue Kirchenstellen.) In Zuffenhausen wurde eine dritte Stadtpfarrstelle, in Monakam, O. A. Calw, eine Pfarrei errichtet; die Pfarrverweserinnen Birkmannsweiler und Leutenbach, O. A. Waiblingen, wurden in ständige Pfarreiernennung ernannt.

Stuttgart, 20. Aug. (Fleischlose Woche auch in Balingen.) Wie wir hören, ist die Mitteilung, wonach im Bezirk Balingen die erste fleischlose Woche nicht durchgeführt werden soll, dahin richtig zu stellen, daß diese Anordnung ohne Wissen der zuständigen Landesstellen getroffen worden ist, die sofort nach erhaltener Kenntnis das beabsichtigte Sonderverfahren abgestellt haben.

Göppingen, 20. Aug. Ein erfolgreicher Kampflieger ist der von hier gebürtige Vizefeldwebel und Offizierspilot Albert Dausmann, der einer Jagdstaffel im Westen angehört und kürzlich seinen 9. Gegner im Luftkampf abgeschossen hat.

Calw, 20. Aug. (Freie Innung.) 40 selbständig: Schiefer und Glasmeister des Oberamtsbezirks haben die Gründung einer freien Innung beschlossen.

Freudenstadt, 20. Aug. (Die Fremdenplage.) In letzter Zeit hat sich hier eine starke Mifsimmung gegen den überhandnehmenden Fremdenverkehr, auf den Freudenstadt einst so stolz war, herausgebildet. Der Krieg hat alle Verhältnisse umgekehrt. Es ist nicht zu leugnen, daß die einheimische Bezirksbevölkerung durch die Versorgung der meist wohlhabenden und keineswegs knauserigen Fremden, die obendrein auch außerhalb der Gasthöfe sich der Demuterei in großem Maßstab hingeben, nachgerade zu kurz kommt. Wie nun der „Grenzler“ hört, hat das Rgl. Oberamt Freudenstadt im Einverständnis mit dem Stadtschultheißenamt und der städtischen Kurverwaltung bereits vor einigen Tagen Schritte getan, um eine baldige Beendigung der Kurzeit durch das Ministerium herbeizuführen.

Tübingen, 20. Aug. (Religiöser Fanatismus.) Eine Adventistin, die der amerikanischen Sekte der Sabbatarier angehört, ist in Hechingen verhaftet worden, weil sie Soldaten zum Ungehorsam zu verleiten suchte.

Notweil, 20. Aug. (Ungetreue Postbeamtin.) Die 21 Jahre alte Klara Brudlacher von Salach hat auf dem Postamt Freudenstadt als Postanstaltshilfsmann (kurz B r a b n) 101 Wertbriefen und unzähligen Paketen über 2000 Mk. unterschlagen. Die Strafkammer hat sie zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Stuttgart, 20. Aug. (Von der Technischen Hochschule.) Die Abteilung für Maschinen-Ingenieurwesen (einschließlich der Elektrotechnik) wird vom 1. Oktober ds. Js. ab wieder Vorlesungen und Übungen abhalten. Auch finden voraussichtlich anfangs Februar 1919 Diplomvor- und Hauptprüfungen statt.

Stuttgart, 20. Aug. (Zusammenstoß.) Gestern nachmittag stieß auf der Kreuzung der Militär- und Seidenstraße ein Straßenbahnwagen mit einem Zweispännerfuhrwerk zusammen. Personen nahmen keinen Schaden, dagegen wurde das Fuhrwerk erheblich beschädigt und ein Pferd so schwer verletzt, daß es getötet werden mußte.

Cannstatt, 20. Aug. (Tötet die Kinder.) Gestern vormittag geriet in der Halbenstraße ein drei Jahre altes Kind unter einen Straßenbahnwagen und erlitt einen Schädelbruch.

Uhlingen, 20. Aug. (Des Kindes Schutengel.) In der Katharinenstraße ist ein vierjähriges Kind, als seine Mutter sich im Keller befand, vom ersten Stock zum Fenster hinaus auf die Straße gefallen, ohne irgend welchen Schaden zu nehmen.

Oberboihingen, O. A. Rärtingen, 19. Aug. (Weberfabren.) Der 40jährige Arbeiter H o l z B a t e r

von acht Kindern, kam gestern abend durch zu spätes Aussteigen aus dem Wagen unter die Räder des Zug. Beide Beine wurden ihm abgefahren. Im Reservelazarett starb er. Er war noch nicht lange vom Seeresdienst befreit.

Tübingen, 20. Aug. (Ein Subilarprofessor.) Am 28. August begeht der Vorstand des path. anatom. Instituts der Universität Tübingen, Professor Dr. Paul v. Baumgarten, seinen 70. Geburtstag. Er ist der Entdecker des spezifischen Tuberkelbazillus.

Von der Enz, 20. Aug. (Bluttat.) Vor dem Kaffee-Heine in Pforzheim nach gestern nachmittag ein angeblich von Stuttgart zugereister Mann seine Braut, die in den 30er Jahren stehende Marita Steimel von Pforzheim nieder. Die Gestochene hat eine schwere Wunde am Hals und drei im Rücken. Der Täter heißt Emil Hild; er ist bei der Stuttgarter Straßenbahn angestellt. Hild ist in Haft genommen.

Heilbronn, 20. Aug. (In den Ruhestand.) Der evang. Bezirkschulinspektor Schulz Kommissar wurde seinem Ansuchen gemäß in den Ruhestand versetzt und ihm das Ritterkreuz des Ordens der Würt. Krone verliehen.

Hechingen, 20. Aug. (Brand.) In Windischenbach ist das Anwesen des Landwirts B e g abgebrannt.

Notweil, 20. Aug. (Besitzwechsel.) Franz Geiger zum „Engel“ verkaufte seinen Gasthof mit den zwei dazu gehörenden Nebengebäuden in der Schulstraße an Kaspar Blumer aus Oberndorf um die Summe von 120 000 Mark. Die Uebernahme erfolgt im Januar.

Vom Oberland, 20. Aug. (Postjammer.) Alle Geschäftsleute in ganz Oberchwaben, vor allem aber natürlich die Zeitungen, haben nun schon seit Jahr und Tag darüber zu klagen, daß fast keine Woche vergeht, ohne daß die Frühpost aus Stuttgart ausbleibt. In letzter Zeit ist dies in mancher Woche 3-4 mal eingetreten. Die Ursache liegt in der Anschlußverjämmerung in Ulm. Beschwerden bei den Generaldirektionen waren bisher nicht von nachhaltiger Wirkung.

Teitnang, 20. Aug. (Unglücksfall.) Der 67 Jahre alte verheiratete Wilhelm Ritter von hier war unter Beihilfe eines jüngeren Mannes im Begriff, eine Drehschneidmaschine nach Moos zu verbringen. Unterhalb der Steige geriet Ritter unter ein Rad der Drehschneidmaschine, das über ihn hinwegging und ihn so schwer verletzte, daß der Tod nach wenigen Minuten eintrat.



Handel und Verkehr.

Kurzer Wochenbericht der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 13. August bis 19. August 1918.

Zur Drohung des Generalstreiks in der Schweiz.

Die kriegerischen Ereignisse der letzten Zeit haben die allgemeine Aufmerksamkeit bei uns derartig in Anspruch genommen, daß die Androhung eines Generalstreiks durch die Sozialdemokratie in der Schweiz nur wenig Beachtung gefunden hat. Und doch verdient sie die größte Aufmerksamkeit. Was sich dort zur Zeit abspielt, ist im letzten Grunde der Kampf zwischen den beiden größten sozialen Mächten, dem industriellen Arbeiterstand und dem Bauernstand. Der schweizerische Bauernbund hat folgende Erklärung abgegeben: „Wir verwahren uns ausdrücklich gegen jeden Versuch, den zur Verhütung des Generalstreiks bewilligten Beirat zum Ernährungsamt zu weiterer Ueberanstrengung und Einengung der Bauernsamen zu denützen und die landwirtschaftliche Produktion auf diese Weise mehr oder weniger dem Entfalten sozialistischer Kräfte zu unterstellen. Die Leute, welche den Nachhubsentzug mit Generalstreik erzwingen wollten, sind nicht berufen, über die vierzehn, sechzehn und mehr Stunden arbeitende Bauernsamen zu urteilen. Sie unterschätzen auch die Leistungen und Anstrengungen des Landvolkes und haben eine weit übertriebene Vorstellung von den Einkommensverhältnissen des Bauernstandes. Gewiß sind die Einnahmen gering, aber auch die Kosten und Schwierigkeiten der Produktion sind gewaltig gewachsen. Angemessene Kriegszulagen wird man bei der Landwirtschaft vergeblich suchen. Wir verlangen mehr Gerechtigkeit und mehr Freiheit für den Bauernstand. Wir erklären feierlich, daß der Bauernstand Ruhe und Ordnung im Lande haben will. Wird dem Schweizervolke früher oder später mit einem Generalstreik der Kampf angefaßt, so werden wir jede Behörde rückhaltlos unterstützen, welche das Mitleiden und den Zusammenbruch des Streikes mit Kraft und Energie vertritt. Städte und Ortschaften, in denen ein wesentlicher Teil der Arbeiterschaft, insbesondere des Personals der öffentlichen Anstalten streikt, können nicht erwarten, daß die von Streikkomitees zugelassene Zufuhr von Lebensmitteln von der Bauernsamen geliefert werden wird.“

Natürliches Wetter.

Die Luftdruckverteilung ist kaum verändert. Am Donnerstag und Freitag sieht wohl ein bewölkt und wieder auflockerndes, mäßig kaltes Wetter bevor. (S. 1.)

Baden.

Karlsruhe, 20. Aug. Die Strafkammer verurteilte den Landwirt R i t t m a n n aus Pforzheim wegen unerlaubten Viehauflaufs, das dann heimlich geschlachtet und ohne Marken unter Höchstpreisüberschreitung verkauft wurde, zu einem Monat Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe.

Karlsruhe, 20. Aug. In der Nacht zum Sonntag kam es hier zwischen einer Diebesgesellschaft und 3 e i P o l z i b e n n e n zu einem Zusammenstoß. Als die Schutleute die mit Säden und Körben daherkommenden Personen feststellten wollten, wurde sofort von dem Dieben auf die Polizisten scharf geschossen und ein Schuttmann erheblich verletzt. 7 Personen sind verhaftet.

Heidelberg, 20. Aug. Den Nachforschungen der Polizei ist es gelungen, die Täterin, welche in Sandshausheim aus Nachbarn 600 Bohnenstöcke aus dem Boden ausgerissen hatte, in der Person der Gärtnersfrau Margareta E i s n e r zu ermitteln und zu verhaften.

100 Jahre badische Verfassung.

Karlsruhe, 21. Aug. Während die Markgrafschaften Baden-Durlach und Baden-Baden, die badischen Stammlande, schon um die Mitte des 16. Jahrhunderts sich einer ständischen Verfassung erfreuten, nach welcher den Vertretern der Städte und der Landgemeinden sowie der Geistlichkeit eine Kontrolle der Staatsverwaltung und ein Steuerbewilligungsrecht auf dem Landtag zustand — die Einberufung war allerdings gegen Ende des 17. Jahrhunderts unterblieben —, hatte sich in den übrigen Landesteilen eine ähnliche Entwicklung des Volks an der Staatsverwaltung nicht zu entwickeln vermocht. Vom Jahre 1808 ab setzten dann aber wiederholt Versuche zur Einführung einer Verfassung in Baden ein. Ihrer Verwirklichung standen hauptsächlich die Kriegswirren entgegen. Erst ein Jahrzehnt später unterzog sich der bad. Finanzrat und spätere Staatsrat Rebenius der gewiß nicht leichten Aufgabe, den Wortlaut zu einem Verfassungsentwurf niederzulegen, der dann auch nach Ueberwindung von mancherlei Schwierigkeiten, durch Großherzog Karl von Baden in Griesbach unterm 22. August 1818 unterzeichnet und wenige Tage darauf im Regierungsblatt veröffentlicht wurde. Nur eine Aenderung hatte der Großherzog an dem Entwurf des Staatsrats Rebenius vorgenommen und diese bezog sich auf die Staatsdomänen, die nach einem Wunsch des Großherzogs sämtlich ausdrücklich als Familiengut des Gr. Hauses anerkannt werden sollten.

Die Eröffnung des ersten bad. Landtags erfolgte am 22. April 1819. Ihr erster Präsident war der Abg. von Buchs, Statthalter Siegel von Mannheim. Großherzog Karl hatte diesen Tag nicht mehr erlebt. Er war am 8. Dezember 1818 nach schwerem Leiden gestorben und seinem Nachfolger, Großherzog Ludwig, war es vorbehalten, durch Sanftmüdigkeit der Bahrdung vom 23. Dezember 1818 das Verfassungsverf. zum Abschluß zu bringen. Der Großherzog selbst eröffnete die im Schloß tagende erste Ständeversammlung. In der Thronrede sagte er: „heilig sei uns der Sinn sowie der Wortlaut der Verfassungslunde; in ihren Grenzen können und wollen wir des Vaterlandes Wohl suchen und auf ewige Zeiten begründen.“ — Die beiden Kammern antworteten mit Dankadressen.

Leider gingen nicht alle Erwartungen, die man auf den Landtag gesetzt hatte, in Erfüllung. Den Abgeordneten fehlte es vielfach, trotz allen guten Willens, an politischer Schulung und der Regierung fehlte ein Staatsmänn. von überragender Bedeutung. So konnten Reibungen nicht ausbleiben und schließlich wurde dieser erste Landtag am 11. Dezember 1821 aufgelöst. Doch mit dem Regierungsantritt des Großherzogs Leopold im Jahre 1830 brach eine neue Zeit frischer Reformen an. Das Gemeindegesetz mit der Einführung der Selbstverwaltung und der Eintritt Badens in den Zollverein kamen zustande. Mit dem Bahnbau wurde begonnen. In schweren Kämpfen in der zweiten Kammer kam es dann erst wieder in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts, als Frhr. von Blittersdorf maßgebenden Einfluß erlangte und die Rechte der Volksvertretung zu beschneiden versuchte. Dem Zug der Zeit folgend wurden dann 1848 weitgehende Reformprogramme von einer neu veränderten Uebernahme der beiden Kammern wurde angesetzt. Der neue Verfassungsentwurf ging aber in den Stürmen der Revolution unter. Trotz aller Erschütterungen blieben aber die Grundgedanken des Rebenius'schen Wertes unberührt; die vor jetzt 100 Jahren veröffentlichte Verfassung ist trotz der früher daran vorgenommenen 12 Aenderungen in den wichtigsten Belangen noch heute in Kraft.

Vom Jahre 1860 an setzte auf den verschiedensten Gebieten des bad. Staats eine neue Reformpolitik ein. Von besonderer Wichtigkeit war die Aenderung des Wahlrechts vom 1867. Nach der ersten Verfassung besaßen nur Angehörige der christlichen Konfessionen und selbstständige Staatsbürger, die mit 10 000 Gulden in den Grund-, Haus- u. Gewerbesteuerkataster eingetragen waren, die Staatsbeamten u. Gehilfen das Wahlrecht. Alle anderen Staatsbürger u. davon ausgenommen u. so kam es, daß Ärzte, Künstler und Advokaten, wenn sie nicht mit dem vorgeschriebenen Kapital im Steuerkataster standen, keine Abgeordneten werden konnten. Man umging nun die Weisung durch, indem Ärzte, Künstler und Rechtsanwälte, wenn sie in die Kammer gewählt werden wollten, sich ein Wahlkapital von 10 000 Gulden verschafften. Den Wahlhandel selbst haben sie natürlich nie ausgeübt. Und auf diese Weise kamen herborragende Parlamentarier in die Kammer.



Jahre 1867 wurde die Verfassungsbestimmung geändert. Im Jahre 1870 wurde die Mandatsdauer der Abgeordneten zur zweiten Kammer von 8 auf 4 Jahre herabgesetzt.

Von besonderer Bedeutung für das bad. Verfassungsleben war jedoch das Jahr 1904, welches die längst angestrebte Einführung des direkten Wahlverfahrens und gleichzeitig eine Umbildung der ersten Kammer im Sinne einer ständischen Vertretung brachte. Nach Beendigung dieses Reformwerks beschloß die zweite Kammer neben den in ihrem Sitzungssaal aufgestellten Büsten der drei bad. Fürsten, die sich um die Entwicklung des Großherzogtums verdient gemacht haben, des Großherzogs Karl Friedrich als des Begründers des Großherzogtums, des Großherzogs Karl als des Schöpfers der Verfassung und des Großherzogs Leopold als des Wiederherstellers der 1825 abgeänderten Verfassung, auch die Büste Großherzog Friedrich I., des Reformators der Verfassung, aufzustellen.

Seit 1904 sind keine Veränderungen mehr an der Verfassungsurkunde vorgenommen worden. An Antisepsen in dieser Hinsicht hat es wohl nicht gefehlt, und auch der jetzt in seiner Schlußtagung versammelte Landtag hatte sich mit solchen Anträgen beschäftigt. Inwiefern diese in die Tat umgesetzt werden, läßt sich heute nicht sagen.

In den Chroniken der Stadt Karlsruhe ist zu lesen, wie man vor einem halben Jahrhundert, am 22. August 1868 die Feier des 50jährigen Bestehens der bad. Verfassung beging. Die Residenzstadt hatte anläßlich dieses Gedentags reichen Blagenschmuck angelegt und morgens 6 Uhr wurden 50 Kanonenschüsse geschossen. Um 7 Uhr erkante Choralmusik vom Turm des Rathauses, in den Schulen wurde eine Feierschrift verteilt und nachmittags spielte eine Kapelle auf dem Balla des Rathauses. Die Verfassungssäule auf dem Rondellplatz (in einem an diesem Platz gelegenen Hause hatte der erste Landtag vom 26. Juni bis 5. September 1800 statt) war versiert und wurde abends festlich beleuchtet. Bei dem abendlichen, behaltener Bankett erklang aus einzelnen Reden die Zuversicht, daß man der Erfüllung nationaler Hoffnungen nahe sei.

Die neuen Einkommensteuervorschläge im Haushaltsauschuss der zweiten Kammer.

(*) Karlsruhe, 20. Aug. Der Haushaltsauschuss begann gestern die Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer. Finanzminister Dr. Rheinboldt wies auf das dringende Bedürfnis hin, die staatlichen Einnahmen zu erhöhen. Die direkten Steuern bringen schätzungsweise für die Voranschlagsjahre 1917, 18/19 eine Mehreinnahme von 36 Millionen. Dem setze aber ein Einnahmehausfall an indirekten Steuern von 25 Mill. Mark gegenüber. Der verbleibende Uberschuss von 11 Mill. sei jedoch durch erhöhte Aufwendungen für Löhne, Gehälter usw. aufgehoben. Weitere Denkmalszulagen sind nicht zu machen. Es sei beabsichtigt, am Schlusse des 33. einmaligen Zulagen zu gewähren, die, falls einem Arbeiter und Beamten 300 Mark gegeben werden, einen Betrag von 20 Mill. Mark beanspruchen. Außerdem erfordere die Förderung des Wohnwesens erhöhte staatliche Aufwendung.

Über die Notwendigkeit, der Staatskasse mehr Mittel zuzuführen, ist der Haushaltsauschuss einig. Meinungsverschiedenheiten bestehen bezüglich Festlegung der Freigrenze und der Höchstgrenze des Zuschlags. Als Freigrenze zur Erhebung d. s. Zuschlags beantragen das Zentrum 3600 Mk., die Nationalliberalen 5000 Mk. und die Sozialdemokraten 5100 Mk. festzusetzen. Außerdem schlagen die Nationalliberalen eine andere Staffelung vor, wonach schon für Einkommen über 80000 Mk. der Zuschlag auf 60 v. H. erreicht wird. Von den Sozialdemokraten wird eine Erhöhung der Zuschläge für Einkommen von 150000 Mk. bis 250000 Mk. auf 65 bis 70 Prozent und bei solchen über 250000 Mk. von 75 Prozent beantragt. Der Finanzminister erklärte sich für eine Freigrenze von 3600 Mk. Ein Ent-

Die Erteilung des Religionsunterrichts.

(*) Karlsruhe, 20. Aug. Die vom Ministerium des Kultus und Unterrichts erlassene neue Prüfungsordnung für den Volksschuldienst hat der Unterrichtsverwaltung einen Angriff in der sozialdemokratischen Presse zugezogen, zu dem heute ein halbamtlicher Artikel in der „Karlsruher Zeitung“ Stellung nimmt. Es wird darin u. a. ausgeführt, daß die neue Prüfungsordnung, die wesentlich durch die unrichtige Gleichgestaltung der Prüfungsbedingungen für Lehrer und Lehrkräften notwendig geworden ist, und nach der die Aufnahme unter die Volksschulandidaten nur erfolgen kann, wenn die Befähigung zur Erteilung des Religionsunterrichts nachgewiesen ist, an dem bestehenden Rechtszustand keinerlei Abänderung getroffen hat. Von einem neuen a. s. fälligen Zustands an die Kirchen und einer Preisgabe der Staatshoheit könne so wenig die Rede sein, als von einer Kränkung verfassungsmäßiger Rechte. Vielmehr habe die neue Prüfungsordnung eine ganz erhebliche Verbesserung des bisherigen Zustands gebracht, da künftig auch ein solcher Kandidat für lehrerbefähigt erklärt werden könne, der in der Religionsprüfung nicht genügt hat. Es werde nichts im Wege stehen, einen derart als befähigt erklärten Bewerber des Volksschuldienstes zu einer Spezialprüfung für seminaristisch oder technisch gebildete Lehrer zuzulassen und in den Stellenungen der Musik-, Zeichen-, Handels- und Gewerbelehrer zu verwenden, wie dies auch früher schon hinsichtlich solcher Volksschullehrer üblich gewesen sei, die nach ihrer Uebernahme in den Schuldienst aus in ihrer Person liegenden, ein eigenes Versehen den ausführenden Gründen des Religionsunterricht nicht mehr weiter erteilen konnten.

Druck und Verlag der V. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst.

A. Oberamt Neuenbürg.

Ersatz für Fleisch in der fleischlosen Woche vom 19.-25. August

In der ersten fleischlosen Woche vom 19. bis 25. August 1918 erhält jeder Fleischversorgungsberechtigte (Fleischkarteninhaber), also nicht auch der Fleischselbstversorger, auf Antrag als Ersatz für das fehlende Fleisch 185 gr. Mehl. Auch für Kinder unter 6 Jahren, denen nur eine halbe Fleischkarte zusteht, darf in dieser Woche ausnahmsweise die volle Ersatzration in Mehl gegeben werden.

Der Bezug dieses Mehls ist nur gestattet gegen besondere Bezugsmarken. Diese werden demnächst an die örtlichen Kartenabgabestellen verteilt werden. Sie sind von ihnen sofort an die Bezugsberechtigten auszufolgen, jedoch nur gegen gleichzeitigen Vorweis der Fleischkarte, von welcher die Abgabestelle die Marken abzutrennen und zurückbehalten hat. Gegen bereits abgetrennte Fleischmarken dürfen von den Abgabestellen die besonderen Mehlbezugsmarken nicht ausgetauscht werden. Die letzteren sind vom 19.-25. Aug. gültig.

Die Mehlkleinverkäufer dürfen die Ersatzration in Mehl nur gegen gültige Bezugsmarken abgeben. Sie haben die von ihnen eingenommenen Bezugsmarken mit den übrigen August- Mehl- und Brotmarken an die Mehlanweisungsstelle abzuliefern.

Die Mehlanweisungsstellen haben die Zahl der ausgegebenen besonderen Bezugsmarken für die Ersatzration in Mehl f. Bt. in der Monatsanzeige über den Mehl- und Brotmarkenverkehr und den Mehlverbrauch im August durch handschriftliche Eintragung gesondert nachzuweisen.

Den 16. August 1918. Oberamtmann Biegele.
Bekannt gemacht.
Wildbad, den 19. August 1918.
Stadtschultheißenamt: Wägner.

Lebensmittelverteilung.

Von böswilliger Seite wird das Gerücht (auch durch anonyme Briefe) verbreitet, im städt. Lebensmittelamt bleiben die Lebensmittel vor ihrer Verteilung wochenlang liegen. Das ist eine Lüge. Jede hier ein treffende Sendung gelangt sofort zur Ausgabe, was durch die vorliegenden Rechnungen nachgewiesen werden kann. Gegen die Verbreiter des unwahren Gerüchts müßte Strafanzeige erstattet werden.

Zm Uebrigen wird Jedermann eingeladen, sich von der völligen Leere der Lagerräume des städtischen Lebensmittelamts selbst zu überzeugen.

Wildbad, den 19. August 1918.
Stadtschultheißenamt: Wägner.

Bekanntmachung.

Das von den Viehsüßer bestellte Leimgallerdfutter und Leintuchen kommt Morgen Donnerstag in der Turnhalle zur Verteilung für die Gemeinde Wildbad vormittags 8-12 Uhr für die Parzellen nachmittags 2-6 Uhr. Auf einen Besteller kommen 15 Pfd. Leintuchen und Leimgallerdfutter wie bestellt.

Säcke und Kleingeld sind mitzubringen.
Städt. Futtermittelabgabestelle.

Fischereigeräte

vollständige Ausrüstungen bei

Chr. Schmid u. Sohn,
König-Karlstr. 68 u. 71.

Damenfriseur-Spezial-Geschäft

Chr. Schmid u. Sohn.

Haarwaschen mit gutem Champoon oder Teerseife.

Ondulation. Friseurinnen.

Frisieren in und ausser dem Hause.

Erstklassige Bedienung. Mässige Preise.

Kunst Honig

Auf Lebensmittelmarkt 27 wird ein viertel Pfund Kunst Honig abgegeben. Außerdem erhalten auf Marke 14 Schmeckerarbeiter 400 gr., Schmeckerarbeiter 800 gr. Zulage.

Letzten Schluß Donnerstag Mittag 12 Uhr.
Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Für die Einmachzeit

Steinzeugtöpfe

von 1 halben Liter bis 50 Liter Größe empfiehlt bei großer Auswahl preiswert.

Bäcker Biefler

Wilhelmstraße.

Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen

finden sofort lohnende Beschäftigung.

Hr. Baldbauer, Bügelmaschinenfabrik, Neuenbürg.

Stärke

wäsche besorgt

Grosswäscherei Schorpp

In Wildbad Annahmestelle:
Laden Wilhelmstraße 91.

Tür-Vorlagen,

(Fuß-Abstreifer),
in div. Sorten, empfiehlt

Robert Treiber.

Kgl. Kurtheater

Wildbad.
Steng-Kraus.
Heute abend Anfang 7 1/2 Uhr.
Bestes Auftreten von Lotte Koch.

Drei alte Schachteln

Operette in 3 Akten von Hermann Haller

Denjenigen, welcher meine himmelblau

Ein Kanne

am Kirchhofstrassen sind möchte ich hoff. um Zurückgabe bitten.

Frau Drebingen.

Ein jüngeres Mädchen

sucht Stellung in einem besseren Hause wo sie die Haushaltung gründlich erlernen kann bis 1. Oktober.

Wer sagt die Exped. 1134

Ein tüchtiges Haus-Mädchen

wird gesucht nach Bingen a. Rh.

Villa Elisabeth.

Wir suchen für / sofort einige Frauen oder-Mädchen

Papierfabrik Wildbad

Ein fleißiges ehliches Dienstmädchen

per 1. Sept. für Jahresstelle gesucht.

Bäckerei Winkler.

Mädchen

suchen Badegäste in Wildbad zu einem Kinde.

Schriftliche Abredenangebe an den Verlag dieses Blattes unter Nr. 132.

Ein freundliches möbliertes Zimmer

bestehend aus 3 Zimmern, Küche, Keller und Zubehör, hat sofort oder später zu vermieten. Zu erfragen in der Exped. 118

Ein freundliches möbliertes Zimmer

ist auf längere Zeit zu vermieten Näheres König-Karlstr. 114 II

Kunst-Dünger

Ende September oder Anfang Oktober er trifft eine Sendung Thomasmehl Kaimit und Düngerkalk für mich ein und nehmen Bestellung entgegen

Karl Schöber
Handelsgärtner.

Prima Schnellfeuer-Brennstoff für Feuerzeuge, Flasche Mk 1.20, bei

Chr. Schmid u. Sohn,
König-Karlstr. 68.

Holstin-Späne

Chemische Reinigung im Hause besser wie Gallseife!

empfehlen

Carl Wilh. Gott.

